

Presseinformation

// **GESCHÄFTSFÜHRUNG** //

Bremen, 06.09.2017

Andreas Staets

Seite: 1 von 1

Personalentwicklungskonzept und Qualitätsoffensive sind wichtig, Einstellungen unverzichtbar! GEW zur heutigen Deputationssitzung

„Eine Qualitätsoffensive wird zu einer, wenn sie offensiv die vorliegenden Probleme in Angriff nimmt, aus der Phase der Papierbeschreibung heraustritt und Menschen gewinnt und Geld einsetzt, sinnvolle und tragfähige Lösungen umzusetzen. Von dieser Qualität sind wir noch einiges entfernt, aber immerhin werden Probleme auch benannt und nicht mehr nur weggeredet.“ Christian Gloede, Landesvorstandssprecher der GEW sieht aktuellen Handlungsbedarf in der Einstellungspolitik der Bildungsbehörde und fordert gemeinsame Verhandlungen.

Bremen – Die über viele Jahre hinweg verfehlte Einstellungspolitik lässt sich nicht einfach und kurzfristig lösen. Personalentwicklungskonzepte sind unverzichtbar – aber Kriterien und Prioritäten für die Personalgewinnung sollten gemeinsam und transparent entwickelt werden. „Es ist nicht einzusehen, dass Kolleg*innen, die seit Jahren anerkannte Arbeit z.B. über die Stadtteilschule in Bremer Schulen machen, nicht ein klares Übernahmeangebot erhalten. Über einzelne Konditionen kann immer verhandelt werden“, so Gloede. „Auch Absolvent*innen mit einem Abschluss Inklusiver Pädagogik müssen in der derzeitigen Situation auch über Kapazitätsvorgaben hinaus ein Referendariat angeboten bekommen.“

Wichtig sei im gesamten Kontext Aus- und Fortbildung eine Stärkung des Landesinstituts für Schule, dem eine wichtige Funktion bei der Qualifizierung aller (angehenden) Fachkräfte zukomme, so die GEW weiter. Gloede begrüßt grundsätzlich, dass Seiten- und Quereinsteiger stärker in den Fokus rücken sollen. Hierzu zählten seiner Auffassung nach auch Fachkräfte mit ausländischen Abschlüssen, deren Anerkennungsverfahren entbürokratisiert werden müssten.

Die GEW wird sich intensiv mit den vorgelegten Papieren zur Qualitätsoffensive und Personalentwicklung befassen und eine umfassende Einschätzung abgeben. Dies brauche aber noch eine gewisse Zeit, so Gloede. Unverzichtbar für ein tragfähiges Konzept sei aber eine deutliche Entlastung für Lehr- und andere Fachkräfte in den Schulen. „Hier ist der Hinweis auf die niedrigere Unterrichtsverpflichtung in Niedersachsen ein kleines Zeichen“, erkennt Gloede.

Zur angespannten Lage im Bereich der persönlichen Assistenzen an Schulen fordere die GEW ein klares Signal der Senatorin. Förderung an Schule müsse dort verantwortet und geplant werden und eigne sich nicht als sozialpolitischer Spielball. Ein Bekenntnis zur Verortung in der Bildungsbehörde wäre hier hilfreich. Eine Vielfalt von Trägern böte weder in der Qualität noch in der Frage vergleichbarer Arbeitsbedingungen und Entgelte einen Vorteil, weder für die Beschäftigten noch für die Schüler*innen. Offensichtlich sehen hier freie Träger einen neuen Markt, den sie sich erschließen wollen – das hätte mit individueller Förderung von Kindern und deren Wahlrecht zunächst nichts zu tun, bewertet Gloede den Vorstoß der LAG vor dem Sozialgericht.

Für Nachfragen steht zur Verfügung: Christian Gloede 0174-9790755

GEW-Landesverband Bremen • Pressestelle
verantwortlich: Andreas Staets • E-Mail: staets@gew-hb.de